



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

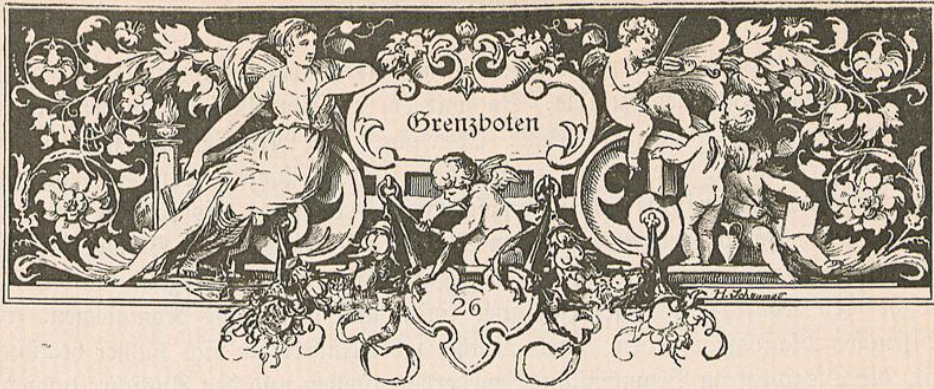
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaiser Friedrich und Bismarck

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Kaiser Friedrich und Bismarck



an weiß nicht, was in dem Lebensgange Kaiser Friedrichs tragischer ist, sein erschütterndes Ende oder sein verhängnisvoller Mangel an Verständnis für den größten deutschen Staatsmann, den er — wenigstens als Kronprinz — nach den authentischen Mitteilungen in einem soeben erschienenen Werke in noch stärkerem Maße gehabt hat, als man vielleicht bisher im allgemeinen angenommen hat.

Die Witve des bekannten Historikers Max Duncker hatte in den Jahren nach seinem Tode nicht nur die überaus zahlreichen Dokumente für das Leben des Verstorbenen gesammelt, sondern auch selbst größere Abschnitte seiner Lebensgeschichte niedergeschrieben. Die Überarbeitung, Vervollständigung und endgiltige Redaktion des Ganzen hat dann R. Haym übernommen. So ist das ausgezeichnete Buch entstanden, das kürzlich unter dem Titel: Das Leben Max Dückers, erzählt von R. Haym im Verlage von H. Seyfelder (R. Gärtner) in Berlin in schöner Ausstattung erschienen ist.

Das Leben eines Mannes von der wissenschaftlichen Bedeutung Dückers geht zwar vor allem den Historiker an; da aber bei Duncker der Staatsmann nicht von dem Gelehrten zu trennen war, so muß das Buch, das seinen Lebensgang schildert, jeden Gebildeten aufs lebhafteste interessieren, denn Duncker hat an der gesamten deutschen Bewegung an hervorragender Stelle thätigen Anteil genommen. Vor allem kommt hierbei die Zeit in Betracht, wo er vortragender Rat bei dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm war.

Seinen Parteigenossen an politischer Einsicht weit voran, hatte sich Duncker schon früh von der Notwendigkeit der Armeeorganisation überzeugt, und schon am 18. Dezember 1861 richtete er an den Kronprinzen einen Bericht, worin er die Möglichkeit einer Berufung Bismarcks ins Auge faßt.

Als dann Bismarck wirklich das Ministerium übernommen hatte, faßte Duncker sofort Zutrauen zu ihm. So sagt er in einem Berichte an den Kronprinzen vom 25. November 1862: „Verfolgt das Ministerium einen festen Plan in der innern wie in der auswärtigen Politik, kommt man der nächsten Kammer mit den erforderlichen Zugeständnissen entgegen, so können sich die Dinge zum Guten wenden. . . . Im Verein mit Herrn von Bismarck und Herrn von Roon wird Graf Eulenburg zuverlässig auf Maßregeln hinwirken, welche den Konflikt zu lösen geeignet sind, und damit das Komplement zu denjenigen Maßregeln geben, durch welche das Ministerium sich bisher bemüht hat, die Disziplin im Beamtenstande wiederherzustellen und den Ausschreitungen der Presse entgegenzutreten; wenn es hiermit seine Aufgabe, ein Ministerium des Widerstandes zu sein, erfüllt, so wird es darüber nicht vergessen, daß dies nur der kleinere und leichtere Teil seiner Aufgabe ist.“

Außerordentlich interessant sind dann die ganz neuen Mitteilungen über die Rolle, die Duncker bei dem Auftreten des Kronprinzen gegen das Ministerium in der Konfliktperiode spielte. Die Times hatten am 1. Juni 1863 Mitteilungen aus der königlichen Familie gebracht, die auf einer groben Indiskretion beruhten und dem König außerordentlich unangenehm sein mußten. Duncker hob darauf hervor, daß durch solche Streiche guter oder vielmehr böser Freunde das Verhältnis zwischen Vater und Sohn einer neuen Erschütterung ausgesetzt würde. Er hielt nicht zurück mit der Behauptung, daß die genauen Notizen des Timesartikels leider ausreichend bewiesen, daß der Vorgang in des Kronprinzen nächster Umgebung liegen müsse, und stellte demgemäß die Erwägung anheim, ob sich nicht für die Mitteilungen an Vertraute in Zukunft größere Vorsicht empfehlen dürfte. Auf ein längeres in diesem Sinne gehaltenes Schreiben Duncckers erwiderte der Kronprinz am 14. Juli folgendes.

Es will mir fast scheinen, mein bester Duncker, als ob Sie der Meinung sind, daß ich mich im geheimen mit der Fortschrittspartei verbunden habe, und als ob die in die Presse gelangten Mitteilungen über meine Korrespondenz mit Sr. Majestät Ergebnisse jenes Verhältnisses etwa seien.

Ferner scheint mir aus Ihren Briefen hervorzugehen, daß Sie ein Gefühl haben, als ob ich kein Gewicht mehr auf Ihren amtlichen Rat legte.

Über beides bitte ich Sie sich vollständig zu beruhigen. Was mein Brief von neulich sagte, ist heute genau dasselbe, und durch mein Telegramm sind Sie bereits ersucht worden, mich am Sonnabend hier zu treffen.

Von Publikationen ist nie die Rede gewesen, und sollte es mich amüsieren, zu erfahren, wie die Fortschrittler eine Korrespondenz drucken lassen wollen, die sie nicht besitzen, da Originale und Abschriften in meinen Händen sind. Sollten geheime Künste angewendet worden sein, dann freilich ist meine Macht zu Ende, und wäre ich wenig überrascht, wenn man durch eine in gewissen Kreisen nicht ungewohnte Spionage meiner Person sich Bismarckscher Seits in Besitz von Abschriften zu setzen gewußt hätte! Wir werden es wohl einmal erfahren.

Wenn die Fortschrittspartei mich zu den ihrigen rechnen will und alles daran setzt, so ist hiergegen ebenso wenig zu thun, als ichs verhindern kann, daß Bismarck mich zu den (lies: dem) feinigern zu stempeln eifrig bemüht war.

Meine Ansichten erhellen aus den Danziger Worten; mehr thun oder reden will ich nicht, da ich kein Oppositionsführer sein will.

Sind Waldeck und Konforten die Fortschrittler, so habe ich keine Gemeinschaft mit diesen. Versteht man aber die Freisinnigen unter jenem Namen, mit denen leider die Altliberalen jetzt nicht zusammengehen, so denke ich nicht daran, jene Fortschrittler als Feinde zu betrachten.

Mich auf unser baldiges Wiedersehen freuend, in alter Zuneigung und altem Vertrauen u. s. w.

In der schleswig-holsteinischen Frage war Duncker einer der wenigen, die zur Politik Bismarcks Vertrauen hatten; ja er riet, das Abgeordnetenhaus möge diese Gelegenheit benutzen, seinen Widerspruch gegen die Militärreorganisation fallen zu lassen und so den innern Frieden herzustellen. Mit beiden Ansichten fand er keine Billigung in den Kreisen, auf die er wirken wollte. Am meisten mag ihn aber wohl folgender Brief des Kronprinzen aus Windsor vom 8. Dezember 1863 in Verwunderung gesetzt haben.

Von Bismarck erwarte ich keinen Ausgang in meinem Sinne; er haßt die Augustenburger und sieht Revolution in dem nationalen Aufschwung Deutschlands. Er will Dänemark stärken und das Protokoll halten. Hiermit ist alles gesagt. Mitthin verdankt ihm Preußen ein abermaliges Zuspat, um endlich seine Stelle an Deutschlands Spitze zu behaupten. . . . Bei uns in England habe ich inzwischen für meinen lieben Freund, den Herzog Friedrich, Lanzen gebrochen, wacker von meiner Frau unterstützt, die ein selten deutsch warmführendes Herz in rührender, erhebender Weise an den Tag legt.

Von höchstem Interesse sind die Mitteilungen über Bismarcks Unterredungen mit Duncker am 19. Mai 1864, die den Zweck hatten, durch ihn auf den Kronprinzen in der Richtung der preußischen Politik zu wirken, wie sie Bismarck gegen den Herzog von Augustenburg eingeschlagen hatte. Duncker that fort und fort sein Möglichstes, um den Erben der Krone von seiner Opposition zurückzubringen, aber alles war vergeblich. Man darf freilich, wenn man gerecht sein will, nicht vergessen, daß der Kronprinz die letzten Regierungsjahre Friedrich Wilhelms IV. schweigend hatte durchleben müssen, eine Zeit, wo sich die unfähigste Regierung, die Preußen je gesehen hat, in reaktionären Velleitäten erging, die in widerlichster Weise mit geschmackloser Frömmerei verbrämt waren und ein Strebertum züchteten, das das gesamte Beamtentum zu demoralisiren drohte. Ist doch in jenen Jahren von dem Kultusminister von Raumer die Vertreibung der heidnischen lateinischen Klassiker aus den Gymnasien und ihre Ersetzung durch Anthologien aus den Kirchenvätern ernstlich erwogen worden! Mußten ihn die Erinnerungen an jene Zeit der liberalen Partei in die Arme treiben und Bismarck entfremden,

in dem die fortschrittliche Parteiphrase immer noch allein den märkischen Junker sah, der es in seiner Wissenschaft noch nicht so weit gebracht hatte wie Virchow in der Pathologie — die grandiose Naivität, womit Virchow seinen Stolz auf diesen Vergleich eingestand, wird ihm unvergessen bleiben —, so kam offenbar noch etwas stark Persönliches hinzu, was dem Kronprinzen bei jeder Annäherung Bismarcks hindernd in den Weg trat. So vortreffliche Eigenschaften des Geistes und Herzens er auch hatte, es fehlte ihm doch jene innere Festigkeit, die es seinem Vater ermöglichte, den Mann des Schicksals ruhig neben sich gewähren, eine dämonische Kraft sich entfalten zu lassen, deren Umfang aus den gewöhnlichen menschlichen Größenverhältnissen herausfiel. Die ewige Antinomie des Genies mit den allgemeinen Gesetzen der Menschlichkeit fand in dem Verhältnis der beiden Männer keine Lösung.

Am 24. Juli 1865 beantwortete der Kronprinz ein ihn beratendes Schreiben Dunders in folgender Weise:

Wollte man rasch nach unsern vorjährigen Siegen die Angelegenheiten der Herzogtümer ordnen, so konnte man bald mit dem Herzog Friedrich einig werden, vertraulich die Lebensfrage für Preußen mit ihm abmachen und dann seine Kandidatur betreiben. Man wollte aber ihn verderben. So trieben denn die Dinge, bis Osterreich sich, nach altem Brauch, einer antipreußischen Unternehmung annahm und uns hier in dem gemeinschaftlich verwalteten Lande überall ein Bein zu stellen suchte. Dies der Segen einer Allianz mit unserm gebornen Widersacher.

Wie unter den gegebenen Verhältnissen, das heißt wie sie heute liegen, und abgesehen von meinen Ihnen bekannten Gründen für Einsetzung Herzog Friedrichs jemals eine Annexion der Elbherzogtümer durch Preußen zugestanden werden könnte, kann ich mir nur im Falle eines von uns siegreich geführten Krieges mit dem Kaiserstaat denken. Denn Kompensationen durch Bezahlung der Kriegskosten seitens Preußens sind wohl eine Unmöglichkeit bei den Dispositionen (lies: der Disposition) des Kaisers. Seine Räte würden schon eher darauf eingehen. Immerhin würde in jenem Falle aber Preußen die Herzogtümer kaufen und kein Sota Recht auf ihren Besitz erlangen.

Sie meinen, ich solle auf Herzog Friedrich wirken, daß er die Bedingungen vom 22. Februar annehme.

Glauben Sie aber, daß er so abhängig von meinen Ratschlägen ist und nicht vielmehr, durchdrungen von seinen Rechtsansprüchen, wie auch von der großen Zahl seiner Anhänger gestützt, eher sich durch Militärarrestation aus dem Lande tragen läßt, als nachzugeben? Und nun soll ich ihn veranlassen, jene Bedingungen anzunehmen, nachdem Bismarck mir am 18. Juni o. sagte, selbige seien also redigirt, daß sie unannehmbar für Herzog Friedrich würden?

Man will ja einen Konflikt, um durch einen Krieg den innern unhaltbaren Zwist beizulegen! dies ist doch ziemlich klar? Und wenn Herzog Friedrich wirklich nachgäbe, und wenn er noch stärkere Bedingungen annähme — man würde es bei uns schon verstehen, die Dinge so zu betreiben, daß neue Komplikationen entstanden, um Krieg zu bekommen.

Meine Stellung ist und bleibt eine passive; dem König und Bismarck sind meine Ansichten bekannt, und habe ich, dieses mal wirklich einmal von dem bevor-

stehenden „Regensburger Tage“ im voraus unterrichtet, nochmals schriftlich meine Ansichten ausgesprochen. Daß dieselben gleichgiltig sind, weiß niemand besser als ich, aber ich mußte doch wenigstens zeigen, daß ich den beabsichtigten Konflikt nicht als unabweislich betrachte.

Halten Sie das aber ja fest, daß meine Argumente nicht aus der bloßen Freundschaft für Herzog Friedrich stammen, sondern vor allen Dingen aus meiner Liebe zum Vaterlande und aus der Überzeugung, daß Preußens Geschicke auf den gegenwärtigen (lies gegenwärtig) betretenen Bahnen nicht heilsam und förderlich geleitet werden.

Als alles zum Kriege mit Österreich drängte, sprach der Kronprinz fortwährend von dem „verderblichen Kriege“ und nannte Bismarcks Plan, das allgemeine Wahlrecht zur Grundlage der künftigen Gestaltung Deutschlands zu machen, ein „frevelhafes Spiel mit den heiligsten Dingen.“ Als dann Duncker vor Ausbruch des Krieges um Entlassung aus einer Verbindung bat, die innerlich längst gelöst war, da Duncker vollständig auf Bismarcks Politik eingegangen war, erwiderte der Kronprinz das Gesuch durch folgendes Schreiben aus Fürstenstein bei Freiburg in Schlessien vom 13. Juni 1866:

Sie werden sich denken können, daß Ihr Brief vom 12. Juni mit seinem Antrage mich ernst bewegt hat. Nach fünfjähriger treuer, hingebender Thätigkeit für die Vorbereitung meiner Person zu dem ernstesten, bedeutungsvollsten menschlichen Berufe bitten Sie mich jetzt um die Erlaubnis, von Sr. Majestät dem Könige eine anderweite Verwendung im Staatsdienste erbitten zu dürfen.

Da es mein Prinzip ist, bei allen Personen, welche in dienstlicher Beziehung zu mir stehen, niemals jemandem derselben in den Weg zu treten, wenn solchen sich eine Gelegenheit darbietet, anderswie Beschäftigung zu finden, die ihnen zuzugut oder Vorteil gewährt, so muß ich auch in dem vorliegenden Falle Ihre Bitte gewähren. Ja, was irgendwie in meinen Kräften steht, um Ihnen zur Erreichung des ausgesprochenen Wunsches: beim Archive thätig zu sein, behilflich zu werden, soll mit Freuden von mir versucht werden, wenn nicht ein Lehrstuhl an der Berliner oder einer andern Hochschule Ihrem Geist, Verstand und Ihrer früheren erspriesslichen Thätigkeit noch mehr entsprechen sollte.

Lassen Sie es mich aber offen heute aussprechen, daß mir die Trennung von Ihnen recht schwer wird. Blicke ich auf die Jahre zurück, in denen Sie mir zur Seite standen, so füllen diese eine wichtige Epoche meines Lebens aus, ja ich kann sagen, die wichtigste meines bisher erlebten Mannesalters. Ihre Vorträge, die Unterredungen mit Ihnen, die zahlreichen schriftlichen Arbeiten, denen Sie sich für mich unterzogen — alles dies sind ja wichtige Beiträge zur Fortentwicklung meines Verständnisses für unsre Zeit und unsre Institutionen gewesen. Sonach kann die Erinnerung an jene Jahre nur mit der aufrichtigsten Dankbarkeit für alles, was Sie für mich gethan, verbunden bleiben, zumal ich weiß, daß Sie hierbei so mancherlei unterlassen mußten, was Ihrer Neigung entsprach.

Als die letzten Zeiten die Kontraste steigerten, welche seit 1858 in unserm Staatsleben leider hervorgetreten waren, sind wir häufig recht verschiedner Meinung gewesen. Etliche male empfanden Sie persönlich die Widerwärtigkeiten, welche nur allzu oft im öffentlichen Leben wie auch in der Tagespresse denen bereitet werden, welche Hochgestellten nahe stehen. Immer haben Sie aber Ihre

Meinung offen und unumwunden geäußert und nie Veranlassung aus solchen Erlebnissen geschöpft, Ihr Verhältnis zu meiner Person aufzulösen. Jetzt ruft mich meine Pflicht, als Erbe meines Vaterlandes den Säbel zu ziehen für eine Frage, deren Entstehung einem System zugeschrieben werden muß, dem Sie sich mehr genähert haben, während ich mich ganz von demselben losgesagt. Vollkommen verstehe ich, daß Sie meine Zurückhaltung während der allerletzten Zeit empfunden haben und angesichts eines Krieges, der mich vielleicht auf lange Zeit vom häuslichen Kreise fern halten wird, den Drang nach andrer Beschäftigung in sich regen werden fühlen.



Geschichtsphilosophische Gedanken

8



urch das Mißfallen an dem unerquicklichen Schauspiele der Partekämpfe lassen sich die Parteilosen und durch den Ärger über die Unausrottbarkeit der Gegenparteien die Parteimenschen nicht selten verleiten, entweder einzelne Parteien oder das ganze Parteitreiben für staatsgefährlich zu erklären. In Wahrheit machen aber die Partekämpfe den Inhalt des politischen Lebens aus, denn ohne solche ist keine Änderung der Staatseinrichtungen denkbar, eine Verwaltungsmaschine aber, die keine Umbildung mehr erlitte, wäre eben nur noch eine Maschine oder gar nur noch die Mumie eines Staates. Die Klagen über das Parteitreiben pflegen um so heftiger zu werden, je gesünder dieses wird. Gesund ist es nämlich dann, wenn alle verschiedenen Interessengruppen ihre Bedürfnisse und Wünsche lebhaft äußern, d. h. also wenn die Parteien sehr zahlreich sind. Das ist natürlich für die Staatsmänner wie für die Parteiführer, die große handliche Gruppen brauchen, höchst unbequem, und sie jammern dann über die „Zerfahrenheit,“ „Verwobenheit“ wäre das richtigere Wort. Das ganze Unglück besteht gewöhnlich nur darin, daß einige Gesetze lange warten müssen oder gar nicht zustande kommen, die, falls sie fertig werden, nach kurzem Bestand bis zur Unkenntlichkeit verändert oder ganz wieder abgeschafft werden müssen. Wenn auch wirklich notwendige Änderungen zuweilen ungebührlich lange hinausgeschoben werden, so liegt das gewöhnlich nicht an der „Zerfahrenheit“ der Parteien, sondern an der Gewohnheit, dem Staate Dinge aufzupacken, die viel besser von den beteiligten Gemeinden, Provinzen oder Korporationen erledigt würden, und an der Veressenheit auf solche „organische“ Gesetze, die das Gegenteil von organisch, nämlich systematisch und schematisch sind. Anstatt sich auf den einzelnen Fall zu beschränken, wo baldige Abhilfe ganz gut möglich wäre, läßt man die um Abhilfe bittenden